

Generalsekretär Volker Rühle:

Die Menschen müssen das Gefühl haben, in einem Land zu leben

Die große Geschlossenheit innerhalb der Partei hat Generalsekretär Volker Rühle in seinem Bericht hervorgehoben, den er der Bonner Presse am 25. Februar im Konrad-Adenauer-Haus von den intensiven Diskussionen des Bundesvorstands auf dessen Klausurtagung am 22./23. Februar in Mayschoß gab. Übereinstimmende Meinung aller Teilnehmer: Diese Diskussionen waren sehr hilfreich, um die Partei auf die großen Aufgaben der Zukunft vorzubereiten.

Volker Rühle: Wir stehen vor Herausforderungen, die vielleicht die größten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind, und insbesondere die CDU als die führende Regierungspartei in Deutschland ist mit all ihren Repräsentanten gefordert.

Die Diskussion am Wochenende hat deutlich gemacht: Es ist die entscheidende Aufgabe der kommenden Jahre, einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen, damit die Menschen wirklich das Gefühl haben, in einem Lande zu leben.

Es geht dabei keineswegs nur um materielle Fragen. Es ist natürlich auch eine geistig-kulturelle Aufgabe, die innere Einheit Deutschlands zu verwirklichen

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Steuern**
Unsere Solidarität ist gefordert. Seite 5
- **Sicherheit**
Alfred Dregger: Wir brauchen eine europäische Sicherheitsunion. Seite 12
- **Umwelt**
Sofortmaßnahmen in den neuen Bundesländern zur Beseitigung von Gefahren für die Gesundheit. Seite 14
- **Frauen-Union**
Rita Süßmuth: Hilfe für die Frauen in den neuen Bundesländern. Seite 17
- **Schule**
SPD in Nordrhein-Westfalen will Durchmarsch zur Gesamtschule. Seite 20
- **Ratgeber**
Informationen zum Einigungsvertrag: Rentenversicherung. Seite 21

(Fortsetzung von Seite 1)

und dafür zu sorgen, daß wir in Deutschland eine gemeinsame politische Tagesordnung haben. Denn es kann auf die Dauer nicht so bleiben, daß z.B. die Bürgermeister in den Gemeinden im Westen darüber nachdenken, wie sie das Spaßbad ausgestalten, was die Rutschen angeht und die Zahl der Palmen, während der Kollege Bürgermeister in den östlichen Bundesländern darüber nachdenkt, wie er das Geld bekommt, um sein Rathaus zu heizen.

Ganz entscheidend ist, daß jetzt durch politische Führung nationale Solidarität hergestellt wird und daß etwa aufkommendem Egoismus entgegengetreten wird.

Wir wollen als Partei eine entscheidende Rolle spielen, indem wir im April eine Aktion „Solidarität mit den Menschen in den neuen Bundesländern“ starten.

Wir haben natürlich sehr intensiv die Entscheidungen diskutiert, die in den nächsten Tagen auf uns zukommen.

Erfreuliche Übereinstimmung

Es hat eine erfreuliche Übereinstimmung über die Elemente gegeben, die wir bei den Einnahmeverbesserungen brauchen, um mit den Herausforderungen fertig zu werden, das heißt:

- bei der Mineralölsteuer,
- der Versicherungsteuer und
- dem zeitlich befristeten Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Wir haben auch darüber diskutiert, mit welchen Möglichkeiten man die Wohnungsprivatisierung in den neuen Bundesländern vorantreiben kann; denn wir wissen, daß viele der Bürger dort ihre Wohnungen gerne kaufen würden und bereit wären, zu investieren, wenn der

Preis angemessen ist. Wir wollen die Dinge sehr schnell anpacken, um im Interesse der Mieter Wohnungsprivatisierung zu betreiben.

Hilfe für die Gemeinden

Die Situation der Gemeinden war ein weiteres Thema der Beratungen. Ein Schwerpunkt der kurzfristigen Hilfe wird in einem Konzept der Hilfe für die Gemeinden in den neuen Bundesländern liegen.

Wir wollen im übrigen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, daß geprüft wird, ob Unternehmen in den neuen Bundesländern ein Vorrang eingeräumt werden kann. Zumindest für einen befristeten Zeitraum scheint uns dies eine angemessene Maßnahme zu sein.

Gerade in der schwierigen Übergangszeit muß den neuen Bundesländern der RGW-Anteil am deutschen Außenhandel vorrangig zugute kommen. Um ein Beispiel zu geben: Wir wünschen uns, daß die geplanten Wohnungsbaumaßnahmen in der UdSSR in allererster Linie Unternehmen in den neuen Bundesländern zugute kommen.

Wir haben für die zukünftige Arbeit der Partei sehr wichtige Kommissionen eingesetzt:

- für die Programmarbeit die Grundsatzprogrammkommission. Lothar de Maizière ist der Vorsitzende, Rupert Scholz sein Stellvertreter. Die Anregungen, die Grundsatzarbeit voranzutreiben, sind ja sehr stark gerade auch von der CDU aus den neuen Bundesländern gekommen, und ich glaube, daß wir hier eine gute Programmkommission zusammengestellt haben, die in den nächsten Jahren wichtige Arbeit leisten wird.
- Wir haben eine Kommission unter der Leitung von Norbert Blüm geschaffen — der stellvertretende Vorsitzende ist Anton

Lothar de Maizière Vorsitzender der Grundsatzprogramm-Kommission

Gegen Lothar de Maizière, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands, wurde Anfang Dezember 1990 durch und über die Medien der Vorwurf erhoben, er habe mit der Stasi zusammengearbeitet.

Auf der Klausurtagung vom 22./23. Februar 1991 informierte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble den Bundesvorstand über den wesentlichen Inhalt des „Abschlußberichtes über die Prüfung der Vorwürfe gegen Herrn de Maizière“.

Lothar de Maizière betonte in seiner Stellungnahme nochmals, er habe sich keinerlei Verfehlungen zu Schulden kommen lassen.

Der Bundesvorstand begrüßte nachdrücklich, daß nunmehr im Rahmen

des überhaupt Nachprüfaren gegen Lothar de Maizière keine Vorwürfe mehr aufrechtzuerhalten seien.

Mit Freude und mit großem Beifall nahm der Bundesvorstand zur Kenntnis, daß Lothar de Maizière seine Parteiämter in uneingeschränktem Umfang wieder aufnimmt. Der Bundesvorstand sieht sein volles Vertrauen zu ihm bestätigt.

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, dankte Lothar de Maizière für seine Haltung. Er dankte ihm und seiner Familie aber auch dafür, daß sie die persönlichen Belastungen im Gefolge der Vorwürfe durchgestanden haben.

Der Bundesvorstand hat Lothar de Maizière einstimmig den Vorsitz der neu eingerichteten Grundsatzprogramm-Kommission übertragen.

Pfeiffer —, die einen innerparteilich abgestimmten Vorschlag zur Absicherung des Pflagerisikos erarbeiten soll.

● Schließlich haben wir eine Kommission zum Schutz des ungeborenen Kindes eingesetzt, die versuchen soll, konsensfähige Positionen zu erarbeiten. Den Vorsitz hat Frau Rönsch, den stellvertretenden Vorsitz Frau Merkel.

Eine wichtige Rolle auf der Klausurtagung hat die Arbeit der Partei gespielt, denn wir haben zwar bei den letzten Wahlen ein hervorragendes Ergebnis in den neuen Bundesländern erzielt, aber wir wissen, daß es auch zu einem Neuaufbau der Partei dort kommen muß.

Wir haben daher ein Aufbauprogramm für die neuen Landesverbände beschlossen; wir werden uns finanziell bei den Sozialplänen engagieren, wir werden bei den Kreisgeschäftsstellen helfen.

Wir werden in einem kurzen Zeitraum von über 200 Kreisgeschäftsstellen in den neuen Bundesländern ungefähr auf 70 zurückfahren müssen. Wir werden helfen, die neuen konzentrierten Kreisgeschäftsstellen entsprechend auszubauen.

Solidarität ist nicht nur im staatlichen Bereich gefragt, sondern auch in der Partei. Deswegen habe ich angekündigt, daß wir dem Bundesausschuß vorschlagen werden, für den kritischen Zeitraum der Jahre 1991 und 1992 von jedem Parteimit-

glied einen einmaligen Solidaritätsbeitrag von zehn DM zu verlangen, damit wir die Lasten in den neuen Bundesländern im Zusammenhang mit dem Aufbauprogramm der Partei finanzieren können.

Jahre der Konsolidierung

Die nächsten Jahre werden große Anforderungen an die politische Gestaltungskraft der CDU stellen. Jetzt müssen die Grundlagen für die gemeinsame Zukunft gelegt werden. Auch in der wiedervereinigten CDU geht es um die Frage nach dem Wohin, d. h. die vor uns liegenden Jahre werden Jahre der Selbstfindung, der Konsolidierung, aber auch der Neuorientierung sein.

Das Gemeinsame muß mehr sein als nur das Zusammenfügen von zwei Teilen. Es ist gleichzeitig auch etwas Neues.

Gefragt ist Grundsatztreue, aber auch die Fähigkeit zur Innovation. Wir hoffen, daß die Programmdiskussion, die wir angestoßen haben, zu einem Forum der Zukunftsdiskussion für das ganze Land gemacht werden kann.

Argumente

Mit dem Titel „Der Krieg am Golf“ ist eine weitere Ausgabe in der Reihe „Argumente“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag erschienen. Sie dokumentiert mit Passagen aus den Reden des Bundeskanzlers, des Generalsekretärs, des Fraktionsvorsitzenden und anderer prominenter Sprecher der Fraktion die Haltung der CDU/CSU zum Überfall Saddam Husseins auf Kuwait.

Die Broschüre ist bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, zu beziehen.

Die Kommissionen

Der Bundesvorstand hat auf seiner Klausurtagung in Mayschoß am 23. Februar folgende Kommissionen eingesetzt:

● Grundsatzkommission

Vorsitzender: **Lothar de Maizière**,
Landesverband Brandenburg
Stellvertretender Vorsitzender:
Rupert Scholz, Landesverband Berlin

● Organisationskommission

Vorsitzender: Generalsekretär
Volker Rühle
Stellvertretender Vorsitzender:
Bundesgeschäftsführer
Wilhelm Staudacher

● Finanzkommission

Vorsitzender: **Jürgen Wohlrabe**,
Landesverband Berlin
Stellvertretender Vorsitzender:
Claus Jäger,
Landesverband Baden-Württemberg

● Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzeptes

Vorsitzender: **Norbert Blüm**,
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender:
Anton Pfeifer,
Landesverband Baden-Württemberg

● Kommission

„Schutz des ungeborenen Kindes“

Vorsitzende: **Hannelore Rönsch**,
Landesverband Hessen
Stellvertretende Vorsitzende:
Angela Merkel, Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Solidarität ist gefordert

Wir Deutschen stehen vor Herausforderungen, die zu den größten in der Geschichte unseres Landes zählen. Wichtigste innenpolitische Aufgabe ist es, die innere Einheit Deutschlands zu gestalten. Das katastrophale Erbe aus vierzigjähriger sozialistischer Kommandowirtschaft muß möglichst rasch beseitigt werden. Dies ist eine Aufgabe aller Deutschen. Ohne Bereitschaft zur Solidarität würden wir Deutschen vor einer historischen Aufgabe versagen.

Deutschland kann sich aber nicht darauf beschränken, nur seine inneren Probleme zu lösen. Die jüngsten Veränderungen der Weltlage nehmen uns Deutsche verstärkt in die Pflicht. Für die Verteidigung von Recht und Freiheit am Golf haben wir bereits 17 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Wir tragen ferner eine Mitverantwortung für Freiheit und wirtschaftlichen Aufschwung in den Ländern

Einnahmeverbesserungen unvermeidlich

Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Diese Hilfen liegen in unserem eigenen Interesse. Es sind Investitionen in eine friedliche Zukunft.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf diese Notwendigkeit schon früh hingewiesen:

„... daß möglicherweise für uns ein wichtiger Kostenfaktor die schwere Spannungssituation aufgrund der irakischen Invasion in Kuwait ist.“
(NDR 4, 2. 10. 1990)

„Ich kann nicht vorausschauen, ob aus der Gesamtpolitik auf uns Bela-

stungen kommen, die jetzt nicht da sind.“ (ZDF, 23.10.1990)

Wir Deutschen sind jetzt in einem Maß gefordert wie selten zuvor. Zu den erwarteten Schwierigkeiten sind unerwartete hinzugetreten. Dazu zählt neben dem Golfkrieg z.B. der fast vollständige Zusammenbruch des Handels mit den früheren Ostblock-Ländern. Angesichts der Fülle der Aufgaben, die zu bewältigen sind, muß der Staat seine Einnahmen verbessern. Steuererhöhungen sind unvermeidlich.

Das sind die Beschlüsse:

● Verbrauchsteuern

a) Die Mineralölsteuer wird wie folgt erhöht:

bleihaltiges Benzin	um 25 Pfennig/l
bleifreies Benzin	um 22 Pfennig/l
Diesel	um 10 Pfennig/l
Heizöl	um 2,34 Pfennig/l
Erdgas	um 1 Pfennig/10 kWh.

Mit der EG soll gesprochen werden, ob eine stärkere Anhebung der Mineralölsteuer auf Diesel möglich ist. Sonst wird eine im Vergleich zum Benzin geringere Steuererhöhung über eine entsprechend höhere Kfz-Steuer bei Diesel-Pkw ausgeglichen.

Um die Pendler — gerade im ländlichen Raum — zu entlasten, wird die Kilometerpauschale um 15 Pfennig auf 65 Pfennig angehoben. Bei einer täglichen Fahrt von 20 Kilometern zwischen Wohnung und Arbeitsstätte entspricht dies unter bestimmten Bedingungen einer jährlichen Entlastung von rund 200 DM.

b) Die Versicherungssteuer wird um 3 Prozentpunkte auf 10 % angehoben.

Die Anhebung der Mineralölsteuer und der Versicherungssteuer erfolgt zum 1. Juli 1991.

c) Die Tabaksteuer wird ab 1992 um 1 Pfennig je Zigarette angehoben.

● **Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer**

In Höhe von 7,5 % der Steuerschuld wird — begrenzt auf ein Jahr — ein Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben.

Insgesamt führen diese Maßnahmen zu Mehreinnahmen des Bundes von 17,7 Mrd. DM 1991 und rund 28 Mrd. DM 1992.

● **Zusätzlich zu den bereits beschlossenen Maßnahmen zum Subventionsabbau von 6,5 Mrd. DM sollen ab 1992 weitere 4 Mrd. DM eingespart werden.**

● **Wenn die alten Bundesländer bereit sind, die neuen Bundesländer voll am Länderanteil des Umsatzsteueraufkommens zu beteiligen, wird der Bund seinen 15 %igen Anteil am Fonds Deutsche Einheit den neuen Bundesländern überlassen. Dadurch würde sich deren Finanzausstattung bereits 1991 um 10 Mrd. DM verbessern, bis 1994 insgesamt um 31 Mrd. DM.**

● **Außerdem wird der Bund ein „Gemeinschaftswerk für mehr Beschäftigung und Investitionen in den neuen Bundesländern“ in Höhe von 12 Mrd. DM 1991 auflegen. Davon sollen umgehend 5 Mrd. DM (das entspricht rund 300 DM pro Einwohner) den Kommunen als Investitionspauschalen für Instandsetzungen insbesondere von Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen zur Verfügung gestellt werden. 17 Mrd. DM werden für sonstige Investitionen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt.**

Damit ist klar:

● **Die steuerpolitische Linie der Bundesregierung, die auf die Förderung von Investitionen und Beschäftigung setzt, wird grundsätzlich beibehalten.**

Wichtig ist:

● Der Solidaritätszuschlag auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer ist auf ein Jahr begrenzt und wird am 1. 7. 1992 wieder wegfallen.

● Zum 1. 1. 1992 wird der Familienlastenausgleich weiter verbessert. Das Kindergeld für das erste Kind wird um 20 DM auf 70 DM monatlich und der Kinderfreibetrag um rund 900 DM auf rund 3.900 DM je Kind angehoben.

● Am Ziel einer weiteren Steuerentlastung für Arbeitnehmer und zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung halten wir fest.

Wenn man von dem notwendigen, aber einmaligen und befristeten Solidaritätszuschlag absieht, führen die Maßnahmen insgesamt dazu, daß sich die Steuerstruktur verbessert. Das heißt: Arbeit wird weniger, Verbrauch wird stärker besteuert. Dadurch werden Leistungs- und Investitionsbereitschaft gefördert — eine Voraussetzung für künftiges Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze in ganz Deutschland.

● **Der einmalige und befristete Solidaritätszuschlag gefährdet die Konjunktur nicht.**

Die Steuereinnahmen werden direkt für mehr Investitionen verwandt und kommen damit der Beschäftigung und der sozialen Sicherheit zugute. Mittel- und langfristig können die Investoren wie bisher mit der seit 1990 stark verringerten Tarifbelastung rechnen.

Im übrigen befindet sich die Wirtschaft im Westen Deutschlands in einer hervorragenden Verfassung. Wir verzeichnen

den längsten und stabilsten Aufschwung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Nie zuvor gab es mehr Arbeitsplätze, höhere Einkommen, einen breiteren Wohlstand und ein größeres Maß an sozialer Sicherheit. Und die weiteren Aussichten sind gut: Denn die deutsche Einheit ist das beste Konjunkturprogramm.

● **Niemandem werden unzumutbare Belastungen auferlegt.**

a) **Der Durchschnittsverdiener im Westen Deutschlands mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.400 DM und zwei Kindern wird durch diese und andere Maßnahmen insgesamt um rund 83 DM pro Monat belastet.**

Diese Belastung setzt sich wie folgt zusammen:

- Solidaritätszuschlag auf die Lohnsteuer: rund 17 DM
- Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge: rund 25 DM
- Erhöhung der Telefonkosten: rund 4 DM (bei 70 DM Telefonkosten pro Monat)
- Erhöhung der Mineralölsteuer: rund 29 DM (bei 15.000 km Fahrleistung im Jahr und einem Verbrauch von 9 Liter/pro 100 km bleifreiem Benzin einschließlich der darauf zu zahlenden Mehrwertsteuer)
- Erhöhung der Steuer auf Heizöl bzw. Erdgas: rund 5 DM
- Erhöhung der Versicherungsteuer: 2,50 DM (bei einer angenommenen Jahresprämie von 1.000 DM).

Für einen Raucher entsteht bei einem Verbrauch von 10 Zigaretten am Tag eine zusätzliche Belastung von rund 3,30 DM pro Monat.

b) **Der Durchschnittsverdiener im Osten Deutschlands mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.600 DM und zwei Kindern trifft der Solidaritätszuschlag überhaupt nicht, da er keine Lohnsteuer zahlt.**

c) **Die Erhöhung der Mineralölsteuer ist angesichts der sinkenden Ölpreise zu verkraften. Zur Erinnerung: Im September 1990 kostete 1 Liter Normalbenzin bleifrei 1,33 DM, gegenwärtig 1,10 DM, also 23 Pfennig weniger.**

Wichtig ist:

Der Durchschnittsverdiener 1990 (3.400 DM brutto, 2 Kinder) wurde allein durch die 3. Stufe der Steuerreform um rund 117 DM pro Monat entlastet; insgesamt — von 1986 bis 1990 — um rund 202 DM pro Monat. Damit steht er sich immer noch günstiger als 1989 und erst recht als 1982: Gegenüber 1989 hat dieser Durchschnittsverdiener immer noch ein Plus von rund 34 DM, gegenüber 1982 sogar ein Plus von rund 119 DM pro Monat.

● **Die Maßnahmen sind sozial ausgewogen.**

Zum Vergleich:

- Durchschnittsverdiener mit 3.400 DM brutto und 2 Kindern: monatliche Mehrbelastung rund 83 DM.
- Arbeitnehmer mit 6.000 DM brutto und 2 Kindern: monatliche Mehrbelastung rund 104 DM.
- Arbeitnehmer mit 6.000 DM brutto, alleinstehend und ohne Kinder: monatliche Mehrbelastung rund 147 DM.

Im Unterschied zur Ergänzungsabgabe der SPD werden dem Solidaritätszuschlag alle Steuerpflichtigen ohne Ausnahme unterworfen. Die Verteilung der Belastung auf die Schultern von mehr als 20 Millionen Einkommensbeziehern ist sozial gerecht und wachstumspolitisch vertretbar. Wer wenig verdient und deshalb wenig Lohn- oder Einkommensteuer zahlt, hat auch nur einen geringeren Solidaritätszuschlag zu tragen.

Wer mehr verdient, muß einen höheren Solidaritätszuschlag leisten. ■

Die Obleute der CDU/CSU-Fraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 19. Februar folgende Abgeordnete als stellvertretende Arbeitsgruppenvorsitzende (Obleute) gewählt:

- AG Recht: **Erwin Marschewski**
- AG Inneres (Sport):
Wolfgang Zeitmann
- AG Wirtschaft: **Ernst Hinsken**
- AG Landwirtschaft: **Meinolf Michels**
- AG Verkehr: **Horst Gibtner**
- AG Post: **Wolfgang Schulhoff**
- AG Raumordnung: **Hans Raidel**
- AG Finanzen: **Gunnar Uldall**
- AG Haushalt: **Adolf Roth (Gießen)**
- AG Arbeit und Soziales:
Alexander Warrikoff
- AG Gesundheit:
Hans-Joachim Sopart
- AG Auswärtiges:
Reinhard von Schorlemer
- AG Verteidigung: **Paul Breuer**
- AG Europa: **Michael Stübgen**
- AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit:
Klaus-Jürgen Hedrich
- AG Forschung: **Erich Maaß**
- AG Bildung: **Rainer Jork**
- AG Umwelt: **Klaus W. Lippold**
- AG Familie und Senioren:
Walter Link (Diepholz)
- AG Frauen und Jugend: **Ilse Falk**
- AG Fremdenverkehr: **Klaus Brähmig**

Wilhelm Staudacher neuer CDU-Bundesgeschäftsführer

Zum neuen Bundesgeschäftsführer hat das Präsidium der CDU am 22. Februar 1991 Wilhelm Staudacher bestellt. Er folgt damit Peter Radunski, der in



Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher

Berlin das Amt des Senators für Bundes- und Europaangelegenheiten übernommen hat.

Die Leitung der Hauptabteilung Politik im Konrad-Adenauer-Haus, die bisher bei Staudacher lag, übernimmt zum 1. März Heiner Lueg. Dessen Stellvertreter wird der Leiter der Abteilung Grundsatzzfragen und Politische Kommunikation Hans-Joachim Falenski.

Ausbildungsvergütungen 1990 kräftig angestiegen

750 Mark im Monat verdienen 1990 im Durchschnitt die Auszubildenden in den alten Bundesländern. Damit stiegen die Ausbildungsvergütungen

gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Prozent an. Dies bedeutet die stärkste Erhöhung der Ausbildungsvergütungen innerhalb der letzten 14 Jahre.

Friedenswort der Bischöfe

Anwendung militärischer Gewalt zur Abwehr eines Angriffs ist auch ethisch gerechtfertigt

Zur Stellungnahme der Frühjahrsvollversammlung der katholischen Bischofskonferenz zum Golfkrieg erklärte Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die deutschen Bischöfe haben in Bensberg zum Krieg am Golf ein hilfreiches und klärendes Wort der Orientierung in einer bedrückenden Situation verabschiedet. Diese Erklärung verzichtet auf selbstgerechte Anklagen gegen die Politik der UNO und der Alliierten gegenüber der irakischen Aggression ohne einen ethischen Freibrief für alle Formen und Mittel militärischer Verteidigung auszustellen.

Der Krieg ist kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele — darin sind Politik und Kirche einig. Aber die Bischöfe betonen gleichzeitig, daß die Anwendung militärischer Gewalt zur Abwehr eines Angriffs nicht nur völkerrechtlich legitim ist, sondern auch ethisch gerechtfertigt sein kann. Mit diesem Hirtenwort werden weder Kanonen gesegnet noch wird der bedingungslose Verzicht auf Verteidigung gefordert. Das entspricht der biblischen Botschaft und der christlichen Tradition. Der Aufruf der Bischöfe zur Nachdenklichkeit ist deshalb auch an die Friedensdemonstranten gerichtet.

Die Bischöfe empfinden — wie wir alle — die Grausamkeit von Leid und Zerstö-

rung. Mit den Bischöfen gilt unsere Solidarität allen Menschen, die der Krieg in Not und Gefahr bringt. Dabei stehen die deutsche Politik und die deutschen Kirchen in einer besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel, der sich nicht an der Militäraktion der internationalen Staatengemeinschaft beteiligt hat und doch einer tödlichen Bedrohung ausgesetzt ist.

Die Erklärung von Bensberg geht über die Bekundung von Betroffenheit hinaus. Wichtige Grundeinsichten einer christlichen Friedensethik werden in Erinnerung gerufen:

1 Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit. So wie der innere Friede nicht das Ergebnis der Hinnahme einer Diktatur sein kann, so kann der äußere Friede nicht Resultat des Faustrechts des Stärkeren sein. Um den Preis der Friedhofsruhe ist der Friede als Nicht-Krieg jederzeit erreichbar. Ethik und Politik müssen aber Leben und Menschenwürde, Frieden und Recht als gleichrangige Werte zu verwirklichen suchen.

2 Politik und christlicher Glaube sind nicht identisch. Der Anspruch des Glaubens geht über das Politische hinaus. „Friede der Herzen“ als Voraussetzung für den „Frieden der Völker“ ist Kern der christlichen Friedensbotschaft. Der aber bleibt außerhalb der Reichweite der Poli-

Gespräch mit den ersten Stipendiaten aus den Vereinigten Staaten

In Vertretung des Bundeskanzlers hat Staatsminister Lutz Stavenhagen am 22. Februar 1991 die ersten Stipendiaten des auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl hin neu geschaffenen „Bundeskanzler-Stipendiums“ zu einem ausführlichen Gespräch empfangen.

Stavenhagen unterstrich die große Bedeutung, die der Bundeskanzler dem Stipendium beimesse, um das Netz der Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland so eng wie möglich zu knüpfen. Hierzu bedürften die guten und freundschaftlichen Beziehungen in Politik und Wirtschaft der Ergänzung durch die Vielfalt persönlicher Erfahrungen und Kenntnisse.

Das „Bundeskanzler-Stipendium“ — Schirmherren sind gemeinsam Bundeskanzler Kohl und Präsident Bush — ist ausgeschrieben worden für Geisteswissenschaftler führender amerikanischer Universitäten und entsprechend qualifizierte Berufspraktiker. Der einjährige Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland wird von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung betreut. Für dieses Programm sind jährlich 1 Million DM im Bundeshaushalt eingestellt.

Die ersten neun Stipendiaten halten sich seit Anfang Oktober 1990 in der Bundesrepublik Deutschland auf und arbeiten u.a. an verschiedenen deutschen Universitäten, aber auch im Pressebereich und in staatlichen Institutionen.

tik. Selbstverständlich gibt es konkrete Forderungen der christlichen Ethik, aber keine biblische oder theologische Handlungsanweisung, die eine bestimmte politische Haltung als die allein christliche ausweist.

3 Kritik allein ist noch keine Politik, gute Gesinnung noch keine Garantie für verantwortungsbewußtes Handeln. Reine Gesinnungsethik führt zur Gleichgültigkeit gegenüber den Folgen des eigenen Tuns. Reine Verantwortungsethik führt zu sittlich losgelöstem Handeln nach dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Christliche Friedensethik dagegen ist den Prinzipien Schutz des Lebens durch den Frieden und Schutz der Würde des Schwächeren durch das Recht ver-

pflichtet. Auf dieser Grundlage muß sie die Folgen von Handeln und Unterlassen bedenken. Die christliche Friedensbotschaft befreit uns nicht von den Anstrengungen der praktischen Vernunft. „Nach bestem Wissen und Gewissen“ heißt die Maxime menschlichen Handelns.

Gegenseitige ethische Disqualifizierungen sollten auch in der Diskussion um Krieg und Frieden keinen Platz haben. Politik kann kein Religions-Ersatz sein, aber der Glaube auch kein Politik-Ersatz. Diese Einsicht kennzeichnet auch die Erklärung von Bensberg. Wenn die Fundamentalisten in der deutschen Friedensbewegung weiterhin einen moralischen Unfehlbarkeitsanspruch erheben, so können sie sich jedenfalls nicht auf die deutschen Bischöfe berufen.

Der Warschauer Pakt ist aufgelöst

Zur Auflösung der Militärorganisation des Warschauer Paktes erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Es hätte die Nachricht des Jahrhunderts werden können: Die Außen- und Verteidigungsminister der sechs Mitglieder des Warschauer Paktes haben in Budapest die Auflösung seiner Militärorganisation beschlossen.

Anders als die NATO war der Warschauer Pakt kein kollektives Verteidigungsbündnis. Im Gegenteil: Er war der militärische Unterbau der ideologisch und imperialistisch geprägten Hegemonie der Sowjetunion über die Länder des „real existierenden Sozialismus“ in ihrem Vorfeld. Der kollektive Einmarsch der fünf Länder des Warschauer Paktes zur Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 war dafür der deutlichste Beweis.

Deshalb haben auch alle jene — bis in die Führungsspitzen der SPD hinein — geirrt, die den Warschauer Pakt und die NATO gleichgesetzt haben, die „beide Blöcke“ überwinden und „beide Bündnisse“ gleichzeitig auflösen wollten.

Durchgesetzt hat sich die Nordatlantische Allianz, das Bündnis der freien westlichen Staaten. Sein Erfolg war die Voraussetzung dafür, daß die ehemaligen sozialistischen Länder Ost- und Ostmitteleuropas nun „nach Europa zurückkehren“ (Václav Havel).

Freiheit bleibt ein zu schützendes Gut. Das freie Europa braucht daher die Nordatlantische Allianz für seine Sicherheit. Auf dieser Grundlage kann und wird es seine Politische Union verwirklichen und im KSZE-Prozeß übergreifende Strukturen der Zusammenarbeit und Sicherheit im Ost-West-Rahmen entwickeln.

Ende eines anachronistischen Paktes

Die polnischen Zeitungen haben das Ende des Warschauer Paktes einhellig begrüßt. „Zycie Warszawy“ schreibt:

Die Teilnehmer des Treffens in Budapest haben sich bemüht, den Abschied vom Warschauer Pakt ohne Fanfaren über die Bühne gehen zu lassen, trotz der Zufriedenheit und Erleichterung, die die Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Bulgaren und Rumänen empfanden. Das Auseinanderfallen des Paktes bedeutet nicht, daß die Staaten Mitteleuropas nicht von Druck freie gutnachbarliche Beziehungen zu Moskau pflegen wollen. Die Sicherheit unserer Staaten ist eng mit der Sicherheit ganz

Europas verbunden, auch mit der demokratischen Entwicklung bei unserem östlichen Nachbarn.

Zur Selbstauflösung des Warschauer Paktes schreibt die liberale spanische Zeitung „Diario 16“:

Die gestern getroffene Entscheidung stellt einen Schritt voran für die Sache des Friedens und der Freiheit dar. Die früheren Vasallen Moskaus haben sich von den rechtlichen und militärischen Fesseln befreit, so daß ein Rückschlag im sowjetischen Öffnungsprozeß Ungarn, die CSFR, Polen, Bulgarien und Rumänien außerhalb des Kontrollbereichs der neuen Machthaber im Kreml ließe.

Alfred Dregger: Wir brauchen eine europäische Sicherheitsunion

Zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund der Golfkrise erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Der Golfkrieg hat uns auch drastisch vor Augen geführt, was uns fehlt: eine europäische Sicherheitsunion, auf deren Basis erst eine gemeinsame europäische Außenpolitik möglich wird. In der Golfkrise ist die Illusion einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik im Rahmen der sogenannten Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) geplatzt. Wenn die Europäer nicht abdanken wollen, müssen sie endlich eine europäische Sicherheitsunion schaffen. Europäische Politische Union bedeutet: Gemeinsamer Wirtschaftsraum mit gemeinsamer Währung in gemeinsamer Sicherheit.

Alles, was wir national allein nicht mehr machen können, gehört in die supranationale europäische Kompetenz. Auf dem Gebiet der Sicherheit können wir nichts Entscheidendes mehr national machen.

Logistik, Transport, Aufklärung und Operationen — dies alles müssen wir in Zukunft europäisch, also multinational machen. Wenn wir das tun, dann wird die Allianz ein Bündnis unter Gleichen, ein Bündnis zwischen Amerika und Europa, das gemeinsam und arbeitsteilig handeln kann.

Dazu brauchen wir künftig hochbewegliche, vielseitig verwendbare und teilweise lufttransportfähige multinationale Verbände unter europäischer Flagge mit einer gemeinsamen Strategie.

Ein Wort zu den Atomwaffen: Am Golf führt Saddam Hussein Krieg gegen drei

Atommächte. Auf die Entscheidungen dort haben deren Atomwaffen offensichtlich keinen Einfluß; weder auf der einen, noch auf der anderen Seite. Wir müssen deshalb über ihre Rolle gründlich nachdenken.

Ich plädiere nicht für die Beseitigung aller Atomwaffen — das gelänge uns ohnehin nicht. Das heißt: Atomwaffen bleiben. Die Frage ist nur: welche, wie viele und zu welchem Zweck? Wir haben nämlich zu viele — und zu viele von den falschen Atomwaffen. Die Kurzstreckensysteme HADES und LANCE und atomare Rohrartillerie, das sind falsche Atomwaffen.

Was wir für die Zukunft brauchen, ist eine Kombination von hinlänglicher — aber wirklich hinlänglicher! — konven-

Europäische Politische Union bedeutet: Gemeinsamer Wirtschaftsraum mit gemeinsamer Währung in gemeinsamer Sicherheit.

tioneller Reaktions- und Verteidigungsfähigkeit, gepaart mit einer atomaren Rückversicherung, die den potentiellen Angreifer vom Gebrauch der Waffen abhalten soll.

Für diese atomare Rückversicherung brauchen wir deshalb auch auf der sogenannten substrategischen Ebene Waffen, die den potentiellen Angreifer erreichen können; keine anderen und keine auf dem Gefechtsfeld zu operativen Zwecken. Alles andere sollte verschwinden. Für die Abrüstung ist dies ein weites Feld.

Europäisches Parlament

Ein wichtiger Schritt für eine gerechte Vertretung der Deutschen

Der Deutsche Bundestag hat am 21. Februar die 18 Beobachter aus den fünf neuen Bundesländern für das Europäische Parlament bestimmt. Dazu erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Günter Rinsche:

Die 18 Beobachter, die durch die Entscheidung des Deutschen Bundestages bis 1994 ins Europäische Parlament berufen worden sind, haben die Aufgabe, die 16 Mio. Deutschen zu repräsentieren, die seit dem 3. Oktober 1990 Bürger der Europäischen Gemeinschaft sind. Dies ist ein wichtiger Schritt zu einer gerechten parlamentarischen Vertretung eines vereinten Deutschlands innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Die deutschen Christdemokraten im Europäischen Parlament unterstreichen, daß es nur dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU- und FDP-Fraktion zu danken ist, daß eine Entscheidung getroffen wurde. Ohne diese Initiative wäre — angesichts des anhaltenden Widerstands der SPD — die Entsendung von Beobachtern weiterhin blockiert.

Die CDU/CSU-Gruppe hat sich seit September 1990 — auch gegen den Widerstand anderer politischer Parteien — für einen Beobachter-Status im Europäischen Parlament eingesetzt und auch eine angemessene finanzielle und technische Ausstattung für die 18 Repräsentanten erreicht. Im Unterschied zu Vorschlägen aus den Reihen der SPD hat sich die CDU/CSU-Gruppe von Anfang an für

die Gleichstellung mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments eingesetzt. Die CDU/CSU-Gruppe erachtet es als selbstverständlich, daß die Beobachter im Plenum des Europäischen Parlaments ihren Sitz erhalten.

Die deutschen Christdemokraten geben der Hoffnung Ausdruck, daß rechtzeitig vor der vierten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1994 eine einvernehmliche Regelung getroffen wird, die eine verbesserte und damit gerechtere Vertretung der EG-Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament zum Ziele hat.

Beisitzer für den Fraktionsvorstand

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 18. Februar die Beisitzer für den Fraktionsvorstand gewählt:

Dietrich Austermann
 Werner Dörflinger
 Udo Haschke
 Renate Hellwig
 Paul Krüger
 Hans-Werner Müller (Wadern)
 Gero Pfennig
 Ronald Pofalla
 Rosemarie Priebus
 Rolf Rau
 Kurt Rossmannith (CSU)
 Heinz Schemken
 Jürgen Warnke (CSU)

Umweltschutz in den neuen Ländern:

Sofortmaßnahmen zur Beseitigung von Gefahren für die Gesundheit

Zur ökologischen Sanierung der fünf neuen Bundesländer erklärten der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ulrich Klinkert und der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Umweltausschuß, Klaus Lippold:

Die Umweltsanierung in den fünf neuen Bundesländern steht an erster Stelle unserer Umweltpolitik in dieser Legislaturperiode. Ein entscheidender Schritt ist hierbei das von Bundesumweltminister Klaus Töpfer vorgelegte Aktionsprogramm „Ökologischer Aufbau“, über das der Minister den Umweltausschuß umfassend informiert hat.

Mit der Integration in das Gemeinschaftswerk für mehr Beschäftigung und Investition in den neuen Bundesländern leistet das Aktionsprogramm „Ökologischer Aufbau“ über die kurzfristigen arbeitsmarkt- und umweltentlastenden Wirkungen hinaus gleichzeitig die Grundlage für eine mittelfristig positive wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern. Dazu gehören insbesondere die Erweiterung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Umweltschutz und die direkte Investitionsförderung von Umweltschutz-Sofortmaßnahmen vor allem in den Kommunen zur Gefahrenabwehr.

Bereits im Jahr 1990 hat der Bundesumweltminister eine umfassende Analyse der Umweltsituation in den neuen Ländern vorgelegt und noch im vergangenen Jahr alle verfügbaren Mittel in Höhe von 500 Millionen Mark für Sofortmaßnah-

men in den neuen Ländern zur Beseitigung unmittelbarer Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung ausgegeben. Wir begrüßen in besonderer Weise, daß der Bundesumweltminister inzwischen auch Beratungsteams zur kurzfristigen personellen und fachlichen Unterstützung beim Aufbau von Sanierungsgesellschaften, zur ökologischen Sanierung wirtschaftlich überlebensfähiger Betriebe, zur Initiierung und Vorbereitung des Baues von Kläranlagen und zur Unterstützung der Kommunen im Bereich der Ver- und Entsorgung sowie bei der Nutzung von ABM-Stellen im Umweltschutz eingerichtet hat.

Nationale Solidaritätsaktion

Im Rahmen der Sanierung halten wir es für notwendig, mit der nationalen Solidaritätsaktion „Ökologischer Aufbau“ nunmehr kurzfristig die notwendige Infrastruktur insbesondere im Altlastenbereich zu schaffen und damit zugleich unmittelbar beschäftigungswirksame Maßnahmen zu verstärken. Hierzu bedarf es unter anderem:

- Der umgehenden Vorlage eines Gesetzesentwurfs zu der von der Koalition vereinbarten Abgabe für Abfälle. Wir unterstützen den Bundesumweltminister darin, bei einem Abgabeaufkommen von rund fünf Milliarden Mark jährlich einen Anteil von rund zwei Milliarden Mark in die „Nationale Solidaritätsaktion Ökologischer Aufbau“ gesondert für die Altlastensanierung in den neuen Bundesländern einzubringen. Wir richten an die

Aktualisierte Fibel über die finanziellen Hilfen der Arbeitsämter erschienen

Über alle derzeit möglichen finanziellen Hilfen der Arbeitsämter informiert die kleine Broschüre „Was? Wieviel? Wer?“, die jetzt in einer aktualisierten Neuauflage 1991 erschienen ist.

Auf mehr als 100 Seiten beantwortet die Schrift viele wichtige Fragen rund um Arbeit und Beruf und bietet einen schnellen Überblick zu Themen wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld oder Kindergeld sowie zur beruflichen Weiterbildung. Hilfreich besonders für Arbeitgeber und Personalchefs sind die Hinweise

zu den Einarbeitungszuschüssen, den Eingliederungsbeihilfen, zu der Förderung von Probebeschäftigungen und zu den Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz. Vorgestellt werden außerdem die Hilfen bei der beruflichen Rehabilitation und die Aktion „Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“.

Die Broschüre enthält einen umfassenden Adressenteil mit den Anschriften und Telefonnummern aller Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Schrift ist kostenlos bei allen Arbeitsämtern erhältlich.

alten Bundesländer den dringenden Appell, sich nicht gegen den vorgesehenen Einsatz des Abgabenaufkommens in den neuen Bundesländern zu sperren.

- Der Vorlage eines Gesetzentwurfes über die in der Koalitionsvereinbarung beschlossene Einführung einer CO₂-Abgabe bis zum Sommer dieses Jahres. Mit dem Aufkommen können kurzfristig beschäftigungswirksame Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz, zum Energiesparen und zur Förderung regenerativer Energien in den neuen Bundesländern ergriffen werden. Ohne die verschiedenen Investitionsprogramme der Bundesregierung und die Finanzierungsquellen aus der Abfallabgabe und der CO₂-Abgabe ist der beschäftigungswirksame ökologische Aufbau in den neuen Ländern mittelfristig finanziell nicht zu erreichen.

- Der Mobilisierung privaten Kapitals für den Aufbau der Umweltschutzinfra-

struktur in den neuen Ländern. Die auf diese Weise kurzfristig realisierbaren Investitionen allein für Abwasseranlagen in einer Größenordnung von rund 20 Milliarden Mark sind zügig umzusetzen.

- Zusätzlicher sofort verfügbarer finanzieller Mittel, um die akuten Umweltbelastungen schnell auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Wir erwarten, daß für eine direkte Förderung von Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr im Bundeshaushalt 1991 weitere Mittel bereitgestellt werden, mit denen bereits vorliegende Förderanfragen der Kommunen bewilligt werden können. Mit der Realisierung dieser Maßnahmen wäre die Sicherung von mindestens 200 000 Arbeitsplätzen gewährleistet.

- Der Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur schnellstmöglichen Erteilung von Genehmigungen. Hierdurch wird der Weg zu mehr Umweltschutz freigemacht. Investitionshemmnisse werden beseitigt.

Zwei gute Nachrichten für die Hochschulen

Zwei gute Nachrichten hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Norbert Lammert, für die notwendigen Bemühungen um eine möglichst rasche Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen in den alten wie den neuen Bundesländern:

Erstens: Das vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vor der Hochschulrektorenkonferenz in Aussicht gestellte Förderprogramm für Hochschulen und Wissenschaft in den neuen Ländern hat die ausdrückliche Unterstützung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft gefunden. In einer gemeinsamen Erklärung des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie wird zu Recht darauf hingewiesen, daß der Standortfaktor Hochschulen für die Wirtschaft eine wichtige Schlüssel-funktion besitze und das Investitionsklima für die Unternehmen in den neuen Bundesländern nachhaltig mitbestimme. Deshalb dürfe der Neuaufbau der Hochschulen „nicht durch Sparsamkeit am falschen Platz“ scheitern, vielmehr müßten Staat und Wirtschaft gemeinsam die nöti-

Anschubimpulse geben

gen Anschubimpulse geben, um schnellstens Abwanderungen von Studenten und Professoren nach Westen vorzubeugen. Der Hinweis der Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft auf den notwendigen Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Fachhochschulen in den neuen Ländern entspricht der erklärten

Absicht der Bundesregierung wie des Wissenschaftsrates. Besonders wichtig sind die von den Spitzenverbänden angekündigten Eigeninitiativen zur Unterstützung des geforderten Neuaufbaus wie z.B. Stiftungsprofessuren. Mitwirkung in Reformkommissionen, Durchführung von Symposien, Übernahme von Lehraufträgen durch Wirtschaftspraktik und nicht zuletzt auch Praktikumsangebote für Studenten.

Zweitens: Die Hochschulrektorenkonferenz hat sich auf ihrer ersten gesamtdeutschen Mitgliederversammlung für ein stärkeres Mitspracherecht der Universitäten bei der Auswahl von Studienbewerbern ausgesprochen. Spätestens für das Sommersemester 1992 schlägt die Rektorenkonferenz einen Modellversuch vor, der die Vergabe von maximal 20 Prozent der Studienplätze

Stärkeres Mitspracherecht

durch die Hochschulen selbst ermöglichen soll. Durch ein solches stärkeres Mitspracherecht der Universitäten soll erreicht werden, daß bei der Verteilung der Anwärter auf die Studienorte in Fachrichtungen mit Zugangsbeschränkungen Leistungsgesichtspunkte ein stärkeres Gewicht erhalten als das im Auswahlverfahren der Zentralstelle für die Studienplatzvergabe (ZVS) bislang dominierende Kriterium der Nähe zum Wohnort.

Mit diesem Vorschlag greift die Hochschulrektorenkonferenz eine Initiative der Bundesregierung aus der letzten Legislaturperiode auf, die Hochschulen selber stärker an der Auswahl geeigneter Studienbewerber zu beteiligen, um auf diese Weise auch einen Beitrag zur Straffung der Ausbildungszeiten und zur zügigen Erreichung des Ausbildungsziels zu leisten.

Rita Süßmuth: Hilfe für die Frauen in den neuen Ländern

Nach einem Gespräch des Bundesvorstandes der Frauen-Union der CDU mit den Landesvorsitzenden der Frauen-Unionen der neuen Bundesländer am 19. Februar erklärte die Bundesvorsitzende, Rita Süßmuth:

Für viele Frauen in den neuen Bundesländern ist in den vergangenen Monaten eine zum Teil dramatische Verschlechterung ihrer Situation eingetreten. 54 Prozent der Arbeitslosen sind Frauen. Der Verlust der ökonomischen Sicherheit, der durch die Arbeitslosigkeit bedingt ist und die Furcht, keine Erwerbsarbeit zu finden, führen zu großen Unsicherheiten vieler Frauen. Die mangelnde Liquidität der neuen Bundesländer, der Städte und Gemeinden, leistet ein Übriges.

Die Frauen-Union der CDU hält eine Reihe von Maßnahmen für erforderlich, um die Situation der Frauen zu verbessern:

1 Den Aufbau von Informations- und Beratungsdiensten, um gezielt vor Ort Frauen in schwierigen Situationen helfen zu können. Insbesondere sollen Informationen zu Sozialleistungen und zur beruflichen Qualifikation gegeben werden. Hierzu ist ein Titel beim Frauenministerium einzurichten.

2 Eine Fortbildung während der Erwerbstätigkeit, ohne aus der Berufsausübung ausscheiden zu müssen. Diese Möglichkeit sollte von den Tarifvertragsparteien für die neuen Bundesländer berücksichtigt werden.

3 Der in der Koalition vereinbarte quotierte Anteil von Frauen an Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, entsprechend dem Frauenanteil an

den Arbeitslosen, ist unbedingt anzustreben. Die Einhaltung dieser Regelung ist zu berichten. Bei den Qualifizierungsmaßnahmen sind auch über 40jährige angemessen einzubeziehen.

4 Die wachsende Zahl von Arbeitslosen erfordert eine klare Verpflichtung zur Fortbildung bei Kurzarbeit. Die Frauen-Union begrüßt Vereinbarungen der Koalition zur stärkeren Verzahnung von Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen bei Leistungen von Kurzarbeitergeld.

5 Besondere Hilfen für alleinerziehende Mütter und Väter. Sie sind besonders hart vom Verlust der Erwerbstätigkeit oder der Schließung von Betreuungseinrichtungen betroffen. Für eine begrenzte Zeit ist deshalb die Aufrechterhaltung von Kindereinrichtungen mit Hilfen von ABM-Stellen erforderlich. Selbsthilfeinitiativen sind besonders zu fördern.

6 Finanzierung von Verhütungsmitteln. Zumindest für eine Übergangszeit muß die Pille in den neuen Bundesländern weiterhin kostenfrei abgegeben werden. Bei wesentlich geringerem Einkommen und bei Arbeitslosigkeit sind Frauen in den neuen Bundesländern nicht in der Lage, die Pille selbst zu finanzieren.

Die Frauen-Union setzt alles daran, die Menschen in den neuen Bundesländern mit Hilfe der Partei und der Vereinigungen auf allen Ebenen über bestehende soziale Netze zu informieren.

Beim Aufbau der neuen Strukturen in den Verwaltungen ist der Austausch von Fachleuten, die partnerschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe leisten, mit allen denkbaren Mitteln zu verbessern. ■

Rheinland-Pfalz

Erstes Land mit Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr

Auf Initiative der CDU hat der rheinland-pfälzische Landtag als erster den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr gesetzlich verankert.

Damit wird die Spitzenposition von Rheinland-Pfalz in der Kindergartenversorgung gestärkt und weiter ausgebaut. Landesvorsitzender Hans-Otto Wilhelm: „Der beste Platz für das Kind ist an der Seite der Mutter. Die Familie hat Vorrang, und Familie ist Erziehungsort Nummer 1. Wir müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, daß zunehmend Eltern und auch Alleinerziehende auf bessere Kinderbetreuung dringend angewiesen sind. Dafür wollen wir ein Angebot vorsehen.“

Mit dem neuen Kindertagesstättengesetz soll auch mehr Flexibilität in die Kinderbetreuung einziehen: Öffnungszeiten entsprechend den Bedürfnissen von Eltern und Kindern, mehr Ganztagsbetreuung, weniger Vorschriften bezüglich der Gestaltung einer Betreuungseinrichtung, auch unkonventionelle Lösungen, um Spitzenbedarf abzudecken. „Den Kindern nutzt es herzlich wenig, wenn ein Super-Kindergarten über Jahre geplant und gebaut wird — bis das Schmuckstück fertig ist, sind die Kinder dann schon in der Schule!“, erklärt Wilhelm.

Zur Entlastung des Personals und zur besseren Betreuung der Kinder wird der Personalschlüssel von derzeit 1,5 über 1,75 auf 2,0 Kräften pro Gruppe erhöht.

Dregger traf sich mit Beamtenbund

Unter Vorsitz von Alfred Dregger führten Mitglieder des Fraktionsvorstandes sowie Innen- und Haushaltspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. Februar ein Gespräch mit der Spitze des Deutschen Beamtenbundes unter dem Vorsitz von Werner Hagedorn zu grundsätzlichen Fragen der Dienstrechtspolitik in der 12. Wahlperiode.

Es bestand Übereinstimmung, daß alle Kräfte darauf konzentriert werden müssen, den Auf- und Ausbau der Verwaltung in den neuen Bundesländern zu beschleunigen, damit nicht nur die Wirtschaft verläßlich Investitionen planen kann, sondern vor allem die Bürger dort auch den Schutz der jetzt für sie geltenden neuen Gesetze unmittelbar erfahren. Deshalb sollen auch unkonventionelle Mittel im Beamten- und Besoldungsrecht eingesetzt werden, um Anreize zu schaffen, damit westdeutsche Beamte bereit sind, auf Zeit in die neuen Bundesländer zu wechseln.

Das neue Kindertagesstättengesetz ist mehr als ein Kindergartengesetz, weil nunmehr auch Betreuungsmaßnahmen vor und nach dem Kindergartenalter, Tagespflegeeinrichtungen und auch Betriebskindergärten aufgenommen sind. Wilhelm: „Wir schaffen damit einen Rahmen, der bürgernahe und vor allem familiennahe Angebote unterbreitet, die den heutigen Bedürfnissen der Familien und auch der Alleinerziehenden entsprechen. Die Rheinland-Pfalz CDU hat mit dieser familienpolitischen Entscheidung einen Meilenstein gesetzt.“

Zwischen Investitionen und Mieten gibt es einen Zusammenhang

Wie so oft, wenn es um politische Grundsatzfragen geht —, und die schrittweise Neuorientierung der Mieten in den neuen Bundesländern an marktwirtschaftliche Erfordernisse ist gewiß eine solche —, ist die SPD unter sich völlig zerstritten. Obwohl abschließende Beschlüsse der Bundesregierung zum Mietrecht Ost noch nicht einmal vorliegen, prangern die einen diese als völlig überzogen an, während die anderen — vor allem Verantwortungsträger in den neuen Bundesländern — über zu zaghafte Anpassungsschritte klagen.

Ganz offensichtlich tut man sich in der SPD wieder einmal schwer, die Zusammenhänge zwischen Investieren und Mieten auf einen marktwirtschaftlichen Nenner zu bringen, der den für den Verfall der Wohnungen verantwortlichen Sozialismus nach Ex-DDR-Muster schnell und eindeutig ablösen muß.

Dietmar Kansy, wohnungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zu dem im Einigungsvertrag gegebenen Wort, das Tempo der Mieterhöhungen im Beitrittsgebiet im Einklang mit der Einkommensentwicklung sozialverträglich zu bestimmen. Mit irreführenden Prozent- und globalen Durchschnittsberechnungen ist diese Aufgabe aber nicht zu bewältigen.

Vielmehr muß die differenzierte Einkommensentwicklung als Maßstab herangezogen werden, die bereits im letzten Jahr eingeleitet wurde und sich aufgrund der derzeitigen Tarifverhandlungen und der auf fast 300 000 ansteigenden Pendlerzahl

noch weiter verstärken wird. Alles andere würde dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger diesseits und jenseits der Elbe Hohn sprechen.

Dies bedeutet, daß zum Beispiel eine Rentnerin aus Leipzig mit 550 Mark Rente Anspruch auf die Solidarität ihrer Mitbürger hat, um übers Wohngeld sozialabgesichert zu wohnen. Aber Gerechtigkeit heißt auch, daß der Bauarbeiter aus Potsdam, der im ehemaligen West-Berlin 3 000 Mark im Monat verdient, denselben Anteil an den Wohnkosten trägt wie sein Kollege aus Berlin-Schöneberg, der genausoviel verdient.

Die Unionsfraktion wird die Vorschläge der Bundesregierung auf dieses Konzept der Berücksichtigung der differenzierten Einkommensentwicklung hin, was vor allem durch den Ausbau des Wohngeldnetzes möglich sein wird, sorgfältig überprüfen.

Wohnungsbau in Westdeutschland boomt

Die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen erreichte im letzten Jahr knapp 400 000. Das bedeutet eine Zunahme von mehr als 100 000 Wohnungen gegenüber dem Vorjahr. Eine solche Zunahme hat es in keinem Jahr seit 1960 gegeben. Die Steigerung gegenüber 1989 beträgt 44 Prozent.

Besonders erfreulich ist, daß die Zahl der Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser, die klassischen Miethäuser, besonders stark gestiegen ist: um 75 Prozent.

SPD in Nordrhein-Westfalen will Durchmarsch zur Gesamtschule

Die deutsche Einheit stellt auch das Bildungswesen vor besondere Herausforderungen. Dies gilt nicht nur, aber vor allem für die neuen Länder, die ein großes Interesse daran haben, möglichst schnell in leistungsfähigen Schulen, Hochschulen und beruflichen Ausbildungsstätten die heute geforderten Qualifikationen zu vermitteln.

Was für seriöse Bildungspolitiker zu Recht Gegenstand sorgfältiger Prüfung vorhandener Bildungseinrichtungen und pädagogischer Erfahrungen ist, nehmen Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen zum Anlaß, alte ideologische Ladenhüter der Bildungspolitik zu reaktivieren und über die eigenen Landesgrenzen hinaus als zweifelhafte politische Exportartikel für die Erneuerung des Bildungswesens in den neuen Bundesländern anzubieten.

Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Anders lassen sich die in den letzten Tagen bekannt gewordenen schulpolitischen Überlegungen aus der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf nicht verstehen, nach denen das gegliederte Schulsystem der Vergangenheit angehören würde und vom Schulstufenprinzip abgelöst werden soll.

Offensichtlich zur Vermeidung einer lästigen bildungspolitischen Grundsatzdebatte geht das Konzept der SPD-Bildungspolitiker von der auf den ersten Blick unverdächtigen Überlegung aus, alle Schulen zu schließen, die nicht mindestens 81 Kinder pro Jahrgang aufweisen. Für die nordrhein-westfälische Schullandschaft bedeutet dies praktisch,

daß nicht weniger als 765 von 895 Hauptschulen, 260 von 512 Realschulen und 155 von 610 Gymnasien geschlossen werden müßten. An ihre Stelle sollen rund 360 Mittelstufen-Gesamtschulen treten.

Wegen des inzwischen hinreichend bekannten besonderen Aufwandes für die Errichtung und den Betrieb von Gesamtschulen würden für eine solche Änderung über ein Drittel mehr Lehrer benötigt, notwendige Um- und Neubauten von Schulen lassen sich ahnen. Das Konzept der SPD macht weder pädagogisch noch ökonomisch Sinn. Gleichwohl stellt es im Ergebnis die Absage an die Position der eigenen Landesregierung dar, die der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 16. August 1990 so formuliert hatte: „Diese (schulische) Vielfalt entspricht dem politischen Willen der Landesregierung und ist das Ergebnis der freien Entscheidung von Eltern und Schülern.“

Daß weder der Finanzminister noch der SPD-Fraktionsvorsitzende auf diesem Hintergrund den Vorschlägen der eigenen Genossen besondere Sympathie entgegenbringen, will man gerne glauben.

Völlig absurd wird es allerdings, wenn der in Nordrhein-Westfalen bislang gescheiterte Durchmarsch zur Gesamtschule als Regelschule nun im nordrhein-westfälischen „Patenland“ Brandenburg Wirklichkeit werden soll.

Eine Schul- und Bildungspolitik, die sich in Nordrhein-Westfalen weder als sinnvoll noch als durchsetzbar erwiesen hat, kann auch in Brandenburg nicht ernsthaft zur Debatte stehen.

Informationen zum Einigungsvertrag

Rentenversicherung

Die bisher veröffentlichten Flugblätter sind bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, zu beziehen.

Welche Rentenversicherung gilt in den neuen Ländern?

1992 wird Deutschland auch im Rentenrecht eins sein, dann gilt nur noch ein einheitliches Rentenrecht.

Im Moment gilt in den fünf neuen Bundesländern grundsätzlich noch das Rentenrecht der ehemaligen DDR: zum Beispiel das Gesetz über die Sozialversicherung, das Rentenangleichungsgesetz und die Rentenverordnungen.

In diesem Jahr wird ein Gesetz geschaffen, mit dem das Rentenrecht der Bundesrepublik auf die neuen Länder übergeleitet wird.

Ab 1. 1. 1992 wird es ein Rentenrecht für alle geben.

Wie hoch sind die Renten?

Für die Rentner in der ehemaligen DDR ist der Besitzstand gewahrt geblieben. Das gilt auch für Jahrgänge, die bald in Rente gehen. Die Renten sind nicht niedriger als vor der Währungsumstellung.

Künftig werden die Renten den Lohnerhöhungen folgen. So wird sich das Leistungsniveau der Rentenversicherung im gesamten Deutschland angleichen.

Was ist mit niedrigen Renten?

Es gibt in den neuen Ländern noch keine funktionierende Sozialhilfe. Deshalb wird zu niedrigen Renten seit der Währungsumstellung ein Sozialzuschlag gewährt. So wird eine niedrige Rente auf 495 DM erhöht, um den notwendigen

Lebensbedarf zu gewährleisten. Diese Leistung wird berechtigten Personen ausbezahlt, die in Rente sind oder bis spätestens 31. 12. 1991 in Rente gehen. Vom 30. Juni 1995 an wird der Sozialzuschlag nicht mehr gezahlt.

Was gilt für Personen, die zwischen 1. Januar 1992 und 30. Juni 1995 in Rente gehen?

Für sie wird die Rente mindestens in der Höhe des Betrages gezahlt, der sich am 30. Juni 1990 (vor der Währungsumstellung) nach dem bis dahin geltenden Recht ohne Berücksichtigung von Leistungen aus Zusatz- oder Sondersversorgungssystemen ergeben hätte; für die letzteren wird unter bestimmten, noch festzulegenden Voraussetzungen Rente bewilligt, wenn am 30. Juni 1990 nach dem bis dahin geltenden Recht ein Rentenanspruch bestanden hätte.

Wann wird die Rente erhöht?

Die neue Rente ist eine dynamische Rente. Sie wird entsprechend der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung regelmäßig erhöht. In den neuen Ländern ist die Rente schon zum 1. Januar 1991 um 15 Prozent angehoben worden. Da die Löhne weiter steigen werden, folgt eine weitere Rentenerhöhung zum 1. Juli 1991.

Gehen die Kleinrentner leer aus?

Nein! Die Rentenerhöhung wird nicht auf den Sozialzuschlag angerechnet.

Beispiel 1:

Eine 330-DM-Rente wurde um 15 Prozent angehoben. Der Sozialzuschlag von 165 DM bei dieser Rente blieb unverändert. Die 15%ige Rentenerhöhung wurde also auf die 495 DM aufgestockt, so daß dieser Rentner eine Gesamtversorgung von 545 DM erhält.

Beispiel 2:

Eine Rente von 330 DM ist ergänzt durch eine Witwenrente von 90 DM. Beide wurden um 15 Prozent erhöht, also auf 380 DM bzw. 104 DM angehoben. Der Sozialzuschlag beträgt 75 DM wie bisher. Die Gesamtrente beträgt 559 DM.

Wer ist versichert?

Alle Arbeiter und Angestellten sind weiterhin pflichtversichert. Dies gilt nicht für Beschäftigte mit geringfügigem Einkommen. Dies sind Einkommen bis zu 300 DM monatlich. Auszubildende sind unabhängig von der Höhe ihrer Vergütung versichert. Wer nicht der Versicherungspflicht unterliegt, kann sich in der Rentenversicherung freiwillig versichern.

Wie hoch ist der Beitrag?

Der Gesamtbeitrag beträgt (ab 1. 4. 1991) monatlich 17,7 Prozent des Bruttolohns. Diesen Beitrag teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils zur Hälfte. Das heißt, sie zahlen jeweils 8,85 Prozent des Bruttolohns. Dieser Prozentsatz wird allerdings nur bis zu einer Höchstgrenze des Gehalts abgezogen, der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze. Sie liegt zur Zeit bei 3.000 DM monatlich.

Wann werden Renten gezahlt?

Wenn der Versicherungsfall eingetreten und die Wartezeit erfüllt ist. Die „Wartezeit“ ist eine bestimmte Versicherungs-

zeit, die sich aus Beitragszeiten und Ersatzzeiten (z. B. Militärzeit und Kriegsgefangenschaft) zusammensetzt.

Es gibt Rentenzahlungen aus verschiedenen Gründen:

- Altersrente wegen Erreichens der Altersgrenze. Diese Rente wird gezahlt, wenn der Versicherte 65 Jahre alt ist und eine Wartezeit von 5 Jahren erfüllt hat.
- Mit 63 Jahren (bei Schwerbehinderten, Berufs- oder Erwerbsunfähigen bereits mit 60 Jahren) ist die Rentenzahlung dann möglich, wenn eine Wartezeit von 35 Jahren erfüllt ist. Bei dieser Wartezeit werden neben den Beitrags- und Ersatzzeiten auch Ausfallzeiten (Zeiten der

Mit dem Thema „Rente“ bringen wir heute den dritten und letzten Beitrag zum Einigungsvertrag

Krankheit oder Arbeitslosigkeit, Ausbildungszeiten nach Vollendung des 16. Lebensjahres und andere Ausfallzeiten) angerechnet.

- Frauen erhalten eine vorgezogene Altersrente mit 60 Jahren, wenn sie während der vergangenen 20 Jahre mehr als 10 Jahre versicherungspflichtig berufstätig waren und eine Wartezeit von mindestens 15 Jahren erfüllt haben.

- Eine vorgezogene Altersrente wegen Arbeitslosigkeit können Versicherte bereits mit 60 Jahren erhalten, wenn sie vor Rentenbeginn innerhalb der letzten eineinhalb Jahre insgesamt 52 Wochen arbeitslos waren, vor Rentenbeginn in den letzten 10 Jahren 8 Jahre Pflichtbeitragszeiten vorweisen können und die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben.

- Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, wenn der Versicherte eine Wartezeit von mindestens 5 Jahren zurückge-

Aus der Arbeit in Schloß Eichholz

Die Inhalte von Argumentationen sind eine Seite, das Gewinnen von Mehrheiten die wichtige andere. Veranstaltungen des Instituts für Politische Bildung haben zum Ziel, den „Transfer“ zu erleichtern.

Schwerpunktbereiche sind u. a.:

Kommunale Pressearbeit

Hauptthema:

- Politik und Presse
- Zusammenarbeit mit Lokalredaktionen
- Druckreife Pressemitteilungen
- Leser gestalten Zeitungen mit

Termine (Grundstufe):

- 3. 5. bis 5. 5. 1991 (VA Nr. 100)
- 24. 5. bis 26. 5. 1991 (VA Nr. 119)

Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Hauptthemen:

- Politische Öffentlichkeitsarbeit im demokratischen Rechtsstaat
- Kommunale Pressearbeit als Teil der politischen Öffentlichkeitsarbeit
- Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern
- Moderne Formen politischer Öffentlichkeitsarbeit

Termin:

- 21. 6. bis 23. 6. 1991 (VA Nr. 145)

Weitere Informationen/
Teilnahmebedingungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung,
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz, 5047 Wesseling**

legt und in den 5 Jahren vor Eintritt der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit von mindestens 3 Jahren ausgeübt hat.

- Für Männer, die das 57. Lebensjahr und Frauen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, kann bei Arbeitslosigkeit ein Altersübergangsgeld für die Dauer von 3 Jahren (Frauen 5 Jahren), längstens bis zum frühestmöglichen Bezug einer Rente gezahlt werden. Ab 1991 gilt eine einheitliche Altersgrenze von 57 Jahren. Die Höhe des Altersübergangsgeldes beträgt 65 Prozent des letzten durchschnittlichen Nettolohns. Entsteht der Anspruch bis zum 1. April 1991, so wird das Übergangsgeld für die ersten 312 Tage um 5 Prozentpunkte erhöht.

Gibt es Leistungen auch an Erwerbstätige?

Die Rentenversicherung erbringt auch medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen, wenn Krankheit oder Behinderung die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigen. Denn Rehabilitation hat Vorrang vor Rente. Gesundheitliche und berufliche Förderung ist für den Einzelnen wie für die Volkswirtschaft sinnvoller und vorteilhafter als dauernde Rentenleistung.

Diese Rehabilitationsleistungen können die Versicherten in den neuen Ländern seit 1. Januar 1991 in Anspruch nehmen. Bisher war dies vorrangig Aufgabe der Krankenversicherung. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Bedeutung Großbritanniens für Europa ist gewachsen

In den vergangenen Wochen hat sich eine Veränderung mit weitreichenden Auswirkungen für das Kernstück deutscher Außenpolitik vollzogen. Die deutsch-französische Achse wird nicht mehr als die ausschließliche treibende Kraft in Richtung europäische Integration betrachtet, die ohne Rücksicht auf andere

gang, der noch vor sechs Monaten undenkbar gewesen wäre — und seine Entschlossenheit, zu John Major von Anfang an ein freundschaftliches Verhältnis zu entwickeln, sind nur die äußeren Anzeichen der sich vollziehenden Veränderungen.

Es ist keine Abkehr von Paris, sondern eine Erweiterung der deutschen Konzeption: die Erkenntnis der Unzulänglichkeit, die in der alleinigen Verbindung zu Frankreich liegt, die Anerkennung der positiven Haltung zu Europa, die jetzt von Großbritannien vertreten wird, und daß vieles, was London gegenwärtig äußert, vernünftig ist. Im Mittelpunkt dieses bedeutenden Meinungsumschwunges steht Volker Rühle, Generalsekretär der regierenden Christdemokratischen Union.

aus: Independent (John Eisenhammer)
22. Februar 1991

Kommentar

Länder voranstürmt, die dann, wenn sie dazu in der Lage sind, versuchen können, später nachzuziehen.

Aus der bilateralen ist eine trilaterale Achse geworden, wobei Großbritannien das andere Land ist, ohne dessen Unterstützung eine lohnende Integration nicht erreicht werden kann. Bundeskanzler Helmut Kohls Heraushebung der Bedeutung Großbritanniens für Europa in einer kürzlichen Parlamentsrede — ein Vor-

UID

7/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.